

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1931

359 (5.8.1931) Morgenausgabe

Badische Presse

und
Neue Badische Presse Handels-Zeitung Badische Landeszeitung

Verbreitetste Zeitung Badens

Karlsruhe, Mittwoch, den 5. August 1931.

Bezugspreis: frei Haus monatlich 3.20 M.
im voraus im Verlag oder in den
Abbestellstellen abgeholt 2.— M. Durch
die Post bezogen monatlich 2.80 M.
Einzelpreise: Freitag-Nummer 10 Pf.
Sonntags- und Feiertags-
nummer 15 Pf. — Am Koll höherer
Gewalt. Streik. Auslieferung usw.
bei der Besieger keine Ansprüche bei
Verzug oder Nichterscheinen der
Bestellung. — Abbestellungen können
jeweils bis zum 25. d. Mts. auf den
Monats-Beleg ankommen werden.
Anzeigenpreise: Die Nonpareille-Reihe
0.40 M. Stellen- und Gesuche Familien-
und Gelegenheits-Anzeigen aus Baden
ermäßigter Preis. — Reklame-Reihe
2.— M. an erster Stelle 2.50 M.
Bei Wiederholungen tarifiertes Rabatt,
der bei Nichterhalten des Belegs, bei
gerichtlicher Verurteilung und bei An-
fordern außer Kraft tritt. Geschäfts-
ort und Gerichtsstand ist Karlsruhe.

Einleitung und Verlags von
: : Ferdinand Thiergarten : :
Rechtleblich verantwortlich: für Politik:
H. Kimmig; für politische Nachrichten:
Dr. F. Moser; für badische Nachrichten:
i. V. Dr. C. Schenck; für Kommunal-
politik: H. Binder; für Lokales und Sport:
H. Bolzner; für das Feuilleton:
M. Böhm; für Oper und Konzert:
Ehrh. Gerke; für den Wandersport:
Fritz Feld; für die Anzeigen: Ludwig
Reindl; alle in Karlsruhe (Baden).
Berliner Redaktion: Dr. Kurt Metzger.
Fernsprecher: 4050, 4051, 4052, 4053, 4054.
Hauptgeschäftsstelle: Kallertstraße
Nr. 80 a. — Postcheckkonto: Karlsru-
her Nr. 8359. — Beilagen: Volk und
Deimat / Literarische Umschau / Roman-
blatt / Sportblatt / Frauen-Zeitung /
Reise- und Wälder-Zeitung / Landwirtschaft,
Gartenbau / Karlsruher Vereins-Zeitung.

Brünnings Appell an Vernunft und Ehrgefühl.

Anerkennung für das deutsche Volk / Für dauerhafte internationale Zusammenarbeit / Keine Inflationsgefahr / Aufruf zur Selbstbejüngung.

* Berlin, 4. Aug. (Funkpruch.) Reichskanzler Dr. Brüning hielt am Dienstag abend folgende Rede im deutschen Rundfunk: „Meine Damen und Herren! Seute vor sechs Wochen habe ich mich schon einmal von dieser Stelle an das deutsche Volk gewandt. Damals standen wir unter dem Eindruck des großen historischen Schrittes des Herrn Präsidenten Hoover, durch den Deutschland auf ein Jahr von der Zahlung der Reparationsverpflichtungen befreit werden sollte. Gleich damals habe ich vor der Illusion gewarnt, daß wir nach Annahme dieses hochherzigen Planes über die Gesamtheit der uns bedrängenden Nöte hinweg seien. Dieser Sorge hat die Entwicklung der Geschichte weiter recht gegeben.“

Das deutsche Volk hat die über alle Schichten hereingebrochenen schweren Prüfungen mit vorbildlicher Ruhe über sich ergehen lassen und seinen natürlichen Sinn für Ruhe und Ordnung bewahrt, der die verdienende Anerkennung der ganzen Welt gefunden hat.

Die Bedeutung der letzten Wochen.

Die deutsche Öffentlichkeit hat ein Recht darauf, von der Reichsregierung über die Bedeutung der letzten Wochen unterrichtet zu werden, zumal die berufene Volksvertretung, der Deutsche Reichstag, in staatsmännlicher Einsicht dem Wunsch der Reichsregierung gefolgt ist und von einer Sommertagung in diesen Krisenmonaten Abstand genommen hat.

Die Reichsregierung mußte in den vergangenen Monaten in ihren Maßnahmen, vor allem in der Reparationspolitik, ohne Rücksicht auf Agitationsbedürfnisse vorgehen, weil sie sich gewisser, in der Lage unseres Geldmarktes bedingter Gefahren bewußt war. Diese Politik wurde vielfach nicht verstanden. Daher haben sich für Aufsehenbeisende die politischen und wirtschaftlichen Ergebnisse in den letzten sechs Wochen geradezu überfüllt.

Der Hooverplan ist in seinem wesentlichen Inhalt Wirklichkeit geworden, wenn auch seine mehrwöchige Verzögerung schwere Rückwirkungen auf die deutsche Wirtschaft ausgeübt hat. Die in diesen Wochen erfolgte Rückzahlung ausländischer Kredite in Milliardenhöhe aus den deutschen Banken bedeutet für unsere Volkswirtschaft einen plötzlichen und gefährlichen Verlust. Starke Störungen des Zahlungsverkehrs und Erschütterungen des gesamten Wirtschaftslebens waren die naturgemäße Folge.

Ein bedeutsamer Fortschritt ist aber als Ergebnis dieser Krisis unverkennbar. Heute ist sich die gesamte Welt darüber einig, daß die Geschichte der Völker miteinander auf das Engste verflochten sind, daß Störungen im Organismus eines so großen Wirtschaftskörpers wie Deutschland nicht ohne ernste Folgewirkungen auch im Ausland bleiben können.

Kein Politiker kann mehr die Richtigkeit des Satzes bezweifeln, daß die Not eines Volkes nicht der Vorteil der anderen sein kann. Vor sechs Wochen sagte ich deshalb, daß das Gedeihen Europas und der Welt davon abhängt, daß diejenigen, die ein tragisches Geschick im Weltkrieg zu Feinden werden ließ, nunmehr weitsichtig zu den Entschlossenen sich aufreissen, welche die gemeinsame beklemmende Not von ihnen fordert. Ich sagte insbesondere, daß sich die deutsche Regierung bewußt sei, welche wichtige Rolle der zukünftigen Gestaltung der Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland zufällt.

Aus solchen Erwägungen, die trotz aller Hindernisse in steigendem Maße bei den entscheidenden Faktoren sich durchzusetzen beginnen, ist es inzwischen zu dem deutschen Staatsbesuch in Paris gekommen, dem sich alsbald die Siebenmächtekonferenz in London anschloß. Dieser Konferenz folgten die Besuche der amerikanischen und englischen Staatsmänner in der Reichshauptstadt. Morgen abend gebe ich mich, einer Einladung der italienischen Regierung folgend, in Begleitung des Herrn Reichsaußenministers nach Rom.

Hoffentlich werden wir demnächst den in Paris aufgenommenen deutsch-französischen Gedankenaustausch bei dem Gegenbesuch der französischen Staatsmänner in Berlin in freimütiger Weise fortsetzen.

Zujage zu erreichen teils aus staatsrechtlichen, teils aus finanztechnischen Gründen zurzeit ausgeschlossen ist. Darum ist vorerst Deutschland und seine Wirtschaft auf Selbsthilfe und auf das Vertrauen in seine eigene Kraft angewiesen.

Sanierungs- und Stützungsmaßnahmen.

Ich erwähnte vorhin die Schwierigkeiten, in die ein Teil der deutschen Großbanken durch die plötzliche Abziehung großer Posten kurzfristiger Kredite gekommen war. Bei der Bedeutung, die die Großbanken in der gegenwärtigen Struktur unseres Bankwesens für die deutsche Gesamtwirtschaft haben, waren schnelle Entscheidungen der Reichsregierung notwendig. Sie kennen die Maßnahmen, die vor wenigen Wochen hinsichtlich der Darlehnskredit- und Nationalbank und in den letzten Tagen hinsichtlich der Dresdener Bank ergriffen worden sind. Auch in personeller Hinsicht wurden geeignete Schritte erfolgt. Die Einschränkung von Bankfeiertagen gaben der Reichsregierung und den beteiligten Wirtschaftskreisen die Möglichkeit, mit Sorgfalt und in engem Zusammenwirken mit der Reichsbank und berufenen Sachverständigen des Inlandes und Auslandes alle die Maßnahmen vorzubereiten, die für eine planmäßige Wiederengangsetzung des Zahlungsverkehrs erforderlich waren.

Durch die letzten Entscheidungen vom vergangenen Samstag wurde erreicht, daß vom kommenden Mittwoch an der Geldumlauf im Bar- und Ueberweisungsverkehr bei den Banken wieder in Gang gesetzt werden kann. In Verbindung damit waren einschneidende Bestimmungen zur Behinderung der Kapitalflucht und für den Verkehr mit ausländischen Devisen erforderlich. Aus der Schärfe der Bestimmungen, die bis zur Festsetzung von Zuchthausstrafen bei ehrolosem Verhalten und schweren Verstößen gegen diese Vorschriften gehen, möge man die Entschlossenheit der Reichsregierung entnehmen, volkswirtschaftlichen Sonderwünschen auf dem Kapitalmarkt in dieser allgemeinen Notzeit zu begegnen. Gewiß ist es richtig, daß bei der in Aussicht genommenen vorübergehenden Devisenbewirtschaftung durch die Landesfinanzämter in Einzelfällen fühlbare Härten eintreten können. Die Reichsregierung ist entschlossen, dafür zu sorgen, daß diese durch die Not der Zeit erzwungenen Maßnahmen bei aller Schärfe ihrer Durchführung nicht wirtschaftsfördernd wirken. Mit den dargelegten Maßnahmen ist das zurzeit Notwendige geschehen, um den Geldumlauf von morgen ab wieder gewohnten Verhältnissen anzunähern.

Die Kaufkraft des Geldes steigt.

Ich will nunmehr auf einige besonders wichtige Einzelheiten eingehen: Alles, was Reichspräsident und Reichsregierung in diesen Wochen anordnen mußten, hat mit Inflationsgefahr nicht das Mindeste zu tun. Im Gegenteil, die Ueberlegung liegt nahe, von seinem Gut haben es möglich zu machen, daß die Kaufkraft des Geldes steigt.

Die Wiederaufnahme des Zahlungsverkehrs hat auch den Sinn einer Frage an das deutsche Volk selbst, ob es in Selbstbejüngung auf seine eigene Kraft und Würde entschlossen ist, an der Gesundung des Zahlungsverkehrs und Wirtschaftsgeschehens aktiv teilzunehmen.

Weitere Bombenanschläge in Südslawien.

Ul. Belgrad, 4. Aug. (Funkpruch.) Wie aus Vrhling an der Grenze zwischen Südslawien und Kärnten gemeldet wird, ereigneten sich am Montag mittag auch in der dortigen Grenzstation mehrere Bombenexplosionen. Der Anweisung des Verkehrsministeriums gemäß hatte man auf der Station die aus dem Ausland gekommenen Wagen abgehängt und durchsucht, wobei man einige Pakete mit Explosivstoffen fand. Die Kontrollorgane hatten jedoch bei der Durchsichtung eines Wagens mehrere Pakete übersehen, so daß kurze Zeit später dennoch Explosionen erfolgten. Ein Wagen 1. und 2. Klasse wurde dabei schwer beschädigt. Menschenopfer sind nicht zu beklagen.

Ein verhüteter Anschlag.

am Wien, 4. Aug. (Eigener Bericht der „Bad. Presse“.) Auf der Strecke zwischen Bularek und Galak gelang es, ein Eisenbahnunfall zu verhüten. Ein Streckenwärter fand die Schienen bei der Station Milias fünfzig Meter lang aufgerissen. Es gelang ihm, den Schnellzug Bularek-Galak zu warnen und eine Katastrophe zu vermeiden. Im Zusammenhang damit wurden 30 Personen verhaftet.

Amey Johnson in Tschita.

— New York, 4. Aug. Die englische Fliegerin Amey Johnson traf am Montag abend in Tschita in Ostibirien ein. Nach kurzer Ruhepause setzte sie ihren Flug nach Tokio noch am gleichen Tage fort.

Notverordnungen und ergänzende Vorschriften können nur die erforderlichen technischen Maßnahmen bilden, um Störungen der Wirtschaft zu überwinden. Die Maßnahmen mit Inhalt und Wirksamkeit zu erfüllen, ist Sache eines aufgeklärten Wirtschaftsvolkes selbst.

Geldverkehr der Sparkassen.

Es ist richtig, daß wir zunächst davon absehen müßten, den vollständigen freien Kassenverkehr bei den Sparkassen so wie bei den Banken schon von morgen ab in Wirksamkeit treten zu lassen. Das aber hängt mit dem Wesen und der Zweckbestimmung der Sparkassen zusammen. Die Sparkassenvermögen sind so sorgfältig als möglich angelegt und zwar in erster Linie in der Anlageform, die man für die sicherste hält, d. h. in erstklassigen Hypotheken. Die Sicherstellung einer solchen Anlage muß aber zunächst damit erkaufte werden, daß die angelegten Gelder nicht in beliebiger Höhe zurückerstattet werden können, weil Hypotheken ihrem Wesen nach langfristige Anlagen sind.

Reichsregierung und Reichsbank haben in voller Uebereinstimmung mit der Deutschen Girozentrale und den Sparkassen alles vorbereitet, um auch bei den Sparkassen den unbeschränkten Zahlungsverkehr in einem nahen Zeitpunkt wieder herzustellen. Diese Dinge sind im Augenblick in Arbeit. Noch in dieser Woche muß und wird Klarheit über den Termin der Wiedereröffnung des unbeschränkten Zahlungsverkehrs im Rahmen der Sparkassen bei den Sparkassen geschaffen werden.

Die Lage, wie sie nun einmal hauptsächlich durch den Abzug der Auslandsgelder entstanden ist, zwingt uns, das Problem der Großbanken zunächst in Angriff zu nehmen. Denn die Ordnung der deutschen Großbanken kommt keineswegs oder überwiegend den großen Firmen und Kunden zugute. Die Gläubigertenten, die bei einer enbültigen Erschütterung jener Banken zu Schaden gekommen wären, hätten sich auf viele Hunderttausende und zweifellos zum größten Teile auf mittlere und kleiner Wirtschaftskreise, auf Gewerbetreibende und Handwerker ausgewirkt. Weit über tausend Genossenschaften und Genossenschaftsbanken stehen mit der einen oder in Frage kommenden Großbanken in inniger Beziehung und wären von der Erschütterung unmittelbar und praktisch betroffen worden. Das besondere Eingreifen der Reichsregierung in diesem Falle war eine ausgesprochene Mittelmaßnahme.

Selbstverständlich kann die Reichsregierung nicht darauf verzichten, längst überlegte Maßnahmen auf dem Gebiete des gesamten Kredit- und Kapitalverkehrs und des Aktienrechtes vorzubereiten.

Nachdem einmal der Staat auf dringendes Ersuchen der Beteiligten sich rettend und schützend auf diesem Gebiet hat einschalten müssen, kann er sich nicht der Pflicht entziehen, auch Maßnahmen vorbeugender Art für die Zukunft zu treffen, wie es andere Völker längst getan haben.

Und nun zum Schluß noch eine Antwort auf viele öffentlich und privat an mich gestellte Fragen: Die Reichsregierung nimmt nicht die Unsehbarkeit für sich in Anspruch. Sie ist in diesen entscheidenden Wochen und Monaten, in denen sich oft in Stunden die Lage änderte, die Entscheidungen sich häuften, bestrebt gewesen, in allen Punkten das Beste zu tun, aber sie behauptet nicht, daß es ihr in allen Augenblicken gelungen ist. Für die Aufgaben und Entscheidungen, vor die sie gestellt sah, gibt es in der Weltgeschichte nur wenige Beispiele. In solchen Zeiten hat es sich regelmäßig als besser erwiesen, rechtzeitig zu handeln, als in den unerfüllbaren Bestrebungen, das theoretische Vollkommene zu erreichen, zu zögern und die Stunde zu veräumen.

Alles in allem genommen ist das Ziel jedenfalls erreicht, daß von morgen ab die Voraussetzungen für einen normalen Wirtschaftskreislauf der Güter und des Geldes gegeben sind. Notwendig ist nunmehr, daß sich das Vertrauen, die unentbehrliche Ergänzung aller technischen Maßnahmen, stärke und endgültig befestige.

Brüning und Volksentscheid.

Und wenn Sie, meine Damen und Herren, in Fortsetzung dieses Gedankens mich nun fragen, was ich vom Volksbegehren auf Auflösung des Preussischen Landtages halte, so muß ich Ihnen erwidern, daß es sich staatsrechtlich um keine Reichs-, sondern um eine preussische Angelegenheit handelt. Als Staatsbürger — nicht als Parteipolitiker — aber erkläre ich Ihnen, daß Sie mich nicht an der Wahlurne sehen werden. Nicht Ueberprüfung der parteipolitischen Gegenstände ist das Gebot der Stunde, sondern ihre Fruchtbarmachung in einer diese Gegenstände überbrückenden schöpferischen Synthese der Kräfte, die bereit sind, einer im mahren Gemeinschaftsgeist aufgeschalteten Wirtschaftstheorie und einer aufbauenden Staatspolitik rüchhaltlos und uneigennützig Hand und Herz zu weihen. Nur so wird es Deutschland gelingen, im Rahmen der übrigen großen Staatsvölker seinen gleichberechtigten Platz zu erringen und zu behaupten und in aufrechter Zusammenarbeit mit den übrigen Staaten seine ganze Kraft einzusetzen für die baldige Lösung der gewaltigen Aufgaben, vor die eine Weltnot ohnegleichen die Menschheit in dieser Stunde stellt.“

Warum Devisennotverordnung

In Berlin, 4. August. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Erst allmählich läßt sich erkennen, welche Bedeutung eigentlich die Devisennotverordnung vom 1. August 1931 für unsere Handelspolitik besitzt. Sie ist natürlich im wesentlichen darauf abgestellt, den Devisenabfluß stark einzudämmen und gleichzeitig die Stillhaltung des Auslandes von innen heraus zu unterstützen. Durch die Devisenbewirtschaftung wird aber jeder Unternehmer, soweit er mit dem Ausland in Handelsverkehr steht, gezwungen, bei der Anforderung von Devisen dem zuständigen Finanzamt gegenüber den Nachweis zu liefern, für welche Waren er ausländische Noten gebraucht. Wie man hört, sollen die Landesfinanzämter in den Besitz sehr langer Verbotslisten gelangen. Es ist ganz selbstverständlich, daß im gegenwärtigen Augenblick jede unnütze Einfuhr auf das strengste unterbunden werden muß, besonders Einfuhr von Waren, die wir im eigenen Lande herstellen. Das Ausland wird auch diesmal wieder genau wie bei der Hunderter-Mark-Verordnung sehr unzufrieden sein. Wir könnten uns vorstellen, daß man hier und dort mit der Kürzung von Handelsverträgen drohen wird. Die Tatsache wird aber auch das Ausland nicht ablenken können, daß unsere schwierige Lage auf dem Weltmarkt die Anwendung drakonischer Maßnahmen notwendig macht und ihre ganze Einfuhr nach Deutschland ohne die Devisennotverordnung in der Luft hängen würde, weil eines Tages eine Zahlung nicht mehr möglich sein könnte, wenn bei einem Wegfall der Kontingenterne die Devisenbestände aufgebraucht sind.

Gegenüber den Befürchtungen, die im Ausland wegen der deutschen Devisennotverordnung gehegt werden, betont man in Berliner politischen Kreisen, daß es Deutschland nicht frei stehe, die Bewirtschaftung der Devisen durchzuführen, sondern daß es durch seine Lage dazu gezwungen sei. Das Ausland selbst habe Deutschland durch seine Kapitalabzüge veranlaßt, dagegen einen Damm zu errichten. Bei den Stillhalterhandlungen habe sich der größte Teil der Gläubiger zum Stillhalten entschlossen. Ein kleinerer Teil sei jedoch nicht damit einverstanden. Es könne nun dem größten Teil der Gläubiger nicht zugemutet werden, daß aus Deutschland weitere Devisen abgezogen würden. Wie ausdrücklich erklärt wird, richtet sich die Devisennotverordnung nicht gegen das Ausland, sondern sie ist lediglich zum Schutze der deutschen Währung und der deutschen Wirtschaft geschaffen worden.

Wie die Telegraphen-Union erfährt, werden in den nächsten Tagen Richtlinien hinsichtlich der Devisennotverordnung an die Landesfinanzämter ausgegeben werden. Es handelt sich dabei, so wird an zuständiger Stelle erklärt, um eine interne Angelegenheit, so daß eine Veröffentlichung der Richtlinien nicht beabsichtigt ist.

Sparkassen und voller Zahlungsverkehr.

M. Berlin, 4. Aug. (Funkpruch.) Bei der am Mittwoch erfolgenden Wiedereröffnung des freien Zahlungsverkehrs sind bekanntlich die Sparkassen zunächst bis zum Wochenende noch einer gesetzlichen Beschränkung unterworfen. Die Bestrebungen, die sich auch mit dem gemeldeten Plan einer Lombardzentrale der Sparkassen befassen, sind wieder in den Hintergrund getreten, nachdem es gelungen ist, von der Aktzept- und Garantiebanc ebenso wie die Privatbanken ein größeres Kreditkontingent einzugewinnen zu erhalten. Daneben sind zur Zeit noch Verhandlungen im Gange, die eine Zusatzerhöhung der Länder für die einzelnen Landes Sparkassen bezwecken.

Im übrigen sind, wie der D.H.B. hört, von der Reichsbank über die bereits bereitgestellten weitere Mittel zur Deckung des Zahlungsmittelbedarfs der Sparkassen zur Verfügung gestellt worden. Da sich die Neigung der Einleger, ihre Sparkassen zurückzuziehen, etwas abgeschwächt hat und auch die Neuzahlungen auf freie Konten ein recht zufriedenstellendes Ausmaß haben, ist man in Sparkassenkreisen der Auffassung, daß die volle Freigabe des Zahlungsverkehrs auch bei den Sparkassen — mit der Einschränkung der jahresgemäßen Höchstauszahlung — doch zum Beginn der nächsten Woche erfolgen wird.

Diskonterhöhung in der Tschechoslowakei.

Prag, 4. Aug. (Eig. Drahtbericht der „Badischen Presse“.) Die tschechische Nationalbank hat mit Wirkung vom 5. August den Diskontfuß von 4 auf 5, den Lombard für Staatspapiere von 5 auf 6 und den Lombard für die übrigen Staatspapiere von 5,5 auf 6,5 Proz. heraufgesetzt. Der Beschluß der Diskonterhöhung erfolgte nach einer vorhergehenden außerordentlichen Bantratsitzung, die gestern telegraphisch einberufen worden war. Der Bantrat hat sich zu dieser Maßnahme mit Rücksicht auf die stär-

kere Beanspruchung des Noteninstituts zum Ultimo gezwungen gesehen, ferner auch auf die geringe Hoffnung, daß die Sätze der Nachbarstaaten in absehbarer Zeit wieder normal sein würden, und weiter mit Rücksicht auf die englische Diskontpolitik.

Marineschießübungen in der Kieler Bucht.

* Kiel, 4. Aug. (Funkpruch.) Am Montag vormittag sind die Linienschiffe „Schleswig-Holstein“ mit dem Flottenkommando, und „Schlesien“ mit dem Befehlshaber der Linienschiffe „Hessen“ und „Sachsen“, sowie der Kreuzer „Königsberg“ mit dem Befehlshaber der Aufklärungsstreitkräfte, ferner der Kreuzer „Köln“, die erste Minenuch-Halbflotte mit den Booten M 113, 75, 122, 136 und 145 zu Artillerieschießübungen in der Kieler Bucht ausgelaufen. Die Schiffe werden voraussichtlich am Freitag abend zurückkehren. Die Übungen erreichten ihren Höhepunkt gestern und heute in einem Tag- und Nachtschießen. Als Ziele dienten U.Z.-Boote sowie Scheiben, die von Schnellbooten geschleppt wurden und Torpedoboote darstellten. Das fernleitbare Zielschiff „Jägerin“ konnte infolge einer Havarie nicht verwandt werden. Der militärische Erfolg der bisherigen Zielschießübungen ist gut. Konteradmiral Föhrer sprach den beteiligten Schiffen seine Anerkennung aus. An den Schießübungen nahmen u. a. auch der Chef der Marineleitung, Admiral Dr. h. c. Raeder, teil.

Deutscher Diplomaten Schub.

Neue deutsche Vertreter in Bukarest, Athen und Teheran.

* Berlin, 4. August. (Funkpruch.) Der Reichspräsident hat den Grafen Friedrich Werner v. d. Schulenburg zum Gesandten in Bukarest, den Geheimrat Ernst Eizenlohr zum Gesandten in Athen und Dr. Wipert v. Blücher zum Gesandten in Teheran ernannt.

Friedrich Werner Graf v. d. Schulenburg wurde 1875 geboren. Aus dem braunschweigischen Justiz- und Verwaltungsdienst



hervorgegangen, gehört er dem auswärtigen Dienst seit 1901 an. 1918 war er Mitglied der transtauasischen Delegation. 1919 wurde er wieder in das Auswärtige Amt einberufen und 1921 zum Vortragenden Legationsrat ernannt. Seit 1923 vertrat er das Reich als Gesandter in Teheran und wurde am 18. Juli 1931 zum Gesandten in Bukarest ernannt.

Dr. Ernst Eizenlohr ist 1883 in Heidelberg geboren. Er ging auf dem badischen Justizdienst hervor. 1911 wurde er in das Auswärtige Amt berufen und dem Generalkonsulat in London zugeteilt. 1912 zum Bizekonsul ernannt, wurde er 1913 mit der

Rom und der Kanzlerbesuch.

Kr. Rom, 4. Aug. (Eig. Drahtbericht der „Badischen Presse“.) Mit großem Interesse sieht man hier dem Besuch des Reichskanzlers Brüning und des Reichsaußenministers Curtius bei Mussolini entgegen. Botschafter von Schubert ist in ständiger Fühlung mit dem Palazzo Chigi, um die Einzelheiten dieses Besuchs zu vereinbaren. Was bisher in der Presse über die Gespräche thematisiert wurde, ist die den Gegenstand der römischen Unterredung bilden werden, sind keine Kombinationen. Man muß sich heute schon im klaren darüber sein, daß es sich bei dem römischen Besuch der deutschen Staatsmänner um eine Art Chequers handelt, daß also vorher kein detailliertes Programm ausgearbeitet wurde, sondern über die brennendsten und aktuellsten Probleme hier in großen Zügen gesprochen werden wird. Man vertritt sich hier von der persönlichen Aussprache Brünings mit Mussolini eine Festigung der deutsch-italienischen Beziehungen und eine Klärung einiger dieser Beziehungen bisher hemmenden Differenzpunkte. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die römischen Besprechungen den Auftakt für weitere Kombinationen wirtschaftlicher und politischer Art bilden werden. Große Bedeutung mißt man auch dem Besuch Brünings beim Papst zu. Gilt auch der römische Besuch in erster Linie Mussolini und der italienischen Regierung, so ist es doch nur natürlich, daß Brüning hier dem Oberhaupt der katholischen Kirche seine Anerkennung macht. Unter Botschafter beim Vatikan, von Bertram, ist vom Urlaub zurückgekehrt und trifft zurzeit die Vorbereitungen für die Einzelheiten des Kanzlerbesuches im Vatikan.

Leitung des Konsulats in Sao Paulo beauftragt. Von 1915 an im Heeresdienst, geriet er 1916 in Kriegsgefangenschaft und wurde nach seiner Rückkehr 1920 zum ständigen Hilfsarbeiter und Legationsrat im Auswärtigen Amt ernannt. Im Oktober 1920 erfolgte seine Ernennung zum Gesandtschaftsrat bei der Gesandtschaft in Lissabon, und 1923 die zum Gesandtschaftsrat bei der Gesandtschaft in Belgrad. 1925 wurde er in das Auswärtige Amt einberufen und 1926 zum Vortragenden Legationsrat ernannt. Am 31. Juli 1931 erfolgte seine Ernennung zum Gesandten in Athen.

Dr. Wipert v. Blücher ist geboren 1882 in Schwelm. Nachdem er für das Auswärtige Amt in Tanger, Teheran und Schanghai tätig war, trat er 1915 und 1916 im Heere Dienst. Im August 1916 wurde er der Gesandtschaft in Persien als Legationssekretär zugeteilt und trat 1917 wieder in den Heeresdienst zurück. 1918 wurde er in das Auswärtige Amt berufen und 1920 zum Legationsrat und ständigen Hilfsarbeiter ernannt. Im Jahre 1926 wurde er Botschaftsrat bei der Gesandtschaft in Buenos Aires. Von 1929 an war er im Auswärtigen Amt tätig und wurde am 27. Juli 1931 zum Gesandten in Teheran ernannt.

Londoner Landungsfahrt des „Graf Zeppelin“

* Friedrichshafen, 4. Aug. Wie Kapitän v. Schiller dem Vertreter der Telegraphen-Union erklärte, wird die am 14. Juli verabschiedete Landungsfahrt des „Graf Zeppelin“ nach London nun am 18. August, morgens 7 Uhr, angetreten werden. Die Landung auf dem Flugplatz Heston bei London wird am 18. August abends gegen 18 Uhr erfolgen. Am 19. Uhr folgt eine Rundfahrt um die englischen Inseln. Nach einer kurzen Zwischenlandung am 19. August tritt das Luftschiff um 19 Uhr seine Heimreise nach Friedrichshafen an, wo es am 20. August früh 6 Uhr auf dem Westgelände landen wird.

Tages-Anzeiger.

(Näheres siehe im Inseratenteil.)
Mittwoch, den 5. August.

- Vandestheater: Ein Walzertraum, 20—22.30 Uhr.
- Stadtgarten: Streichkonzert des Philharmon. Orchesters, 16—19.30 Uhr.
- Abendkonzert der Volkstheater, 20—22.30 Uhr.
- Rominaer: Grobes Gartenkonzert, 20.30 Uhr.
- Kaffeehaus: Künstlerkonzert, Gesellschaftsangaben.
- Kaffeehaus: Souboronzert, 20.30 Uhr.
- Kaffeehaus: Kabarett Koland, „Fona“, Neues Programm.
- Kaffeehaus: Karnevalskongert, das stimmungsvolle Abendlokal.
- Wiener Hof: Tanz.
- Reisende-Variete: Ständal um Coa.
- Volks-Variete: Ich glanz nie mehr an eine Frau.
- Union-Theater: Menschen im Schlaf, Besprogramm.
- Schauburg: Am Weichen nichts Neues.
- Opera-Palast: Am Weichen nichts Neues.
- Atlantik-Variete: Die Liebe läubte lie durchs Leben. — Im Kampf mit Luftpiraten.

Die Volkszählung in Italien.

Erste Ergebnisse. — Verlangsamung der Bevölkerungszunahme. — Der Zugang in die Großstadt und die hohe Kindersterblichkeit.

Von unserem römischen Vertreter
Kurt Kornicker.

Am 21. April d. J., am Geburtstag Roms, fand in Italien die letzte Volkszählung seit der Schaffung des geeinigten Königreiches und die zweite seit Beendigung des Krieges, seit der Einverleibung der neuen Provinzen, statt. Dieser Volkszählung kommt insofern besondere Bedeutung zu, als sie im neunten Jahre der falschistischen Ära vor sich ging und man in ihr gewissermaßen schon die ersten Reultate der von Mussolini eingeführten Bevölkerungspolitik sehen will. In seiner bekannten Himmelfahrtsrede vom 26. Mai 1926 hatte Mussolini erklärt, die „politische und wirtschaftliche Macht der Nationen hänge von ihrer demographischen Potenz ab. Italien müsse, um in der Welt zu zählen, an der Schwelle der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts mindestens eine Bevölkerung von 60 Millionen Menschen aufweisen.“

Wird dieses Kommando in Erfüllung gehen? Nach den ersten Ergebnissen der diesjährigen Volkszählung, die dieser Tage herauskamen, ist die in Italien am Stichtage anwesende Bevölkerung seit der letzten Zählung vom Jahre 1921 von 38,7 auf 41,1 Millionen Menschen, d. h. um ca. 6,1 Prozent angewachsen. Prozentuell berechnet ist das die geringste Bevölkerungszunahme, die je in einer hier immer zehn Jahre umfassenden Zählperiode verzeichnet wurde. In der vorausgegangenen Zählperiode, die den Zeitraum von 1911 bis 1921 umfaßte, also auch die gesamte Kriegszeit, wurde ein Wachstum von 6,8 Prozent festgesetzt. Die Zunahme im letzten Jahrzehnt erscheint um so geringer, wenn man berücksichtigt, daß die Auswanderung nach dem Kriege stark zurückgegangen ist. Wir sehen also auch in Italien eine offensichtliche Verlangsamung der Bevölkerungszunahme, die auf eine ganze Reihe von Ursachen zurückzuführen ist, auf die wir noch näher eingehen werden und denen gegenüber sich die sogenannte neue Bevölkerungspolitik als ziemlich unwirksam erwiesen hat.

Wie steht es mit der Prophezeiung Mussolinis? Wird Italien bis zum Jahre 1950 die Sechzigmillionengrenze überschreiten? Nach den neuesten Ziffern und dem festgestellten, verlangsamten Rhythmus der Bevölkerungszunahme kaum. Selbst wenn man die letzte Wachstumsziffer zugrunde legt und annimmt, daß sich der Rhythmus nicht noch weiter verlangsamten werde, dürfte die Bevölkerung Italiens bis zum Jahre 1950 nur etwa 46 Millionen erreichen. Auch wenn man die im Ausland anwesenden Italiener, deren Zahl sich zur Zeit auf ca. 9 Millionen beläuft, hinzurechnet, kommt man noch immer nicht auf eine Gesamtziffer von 60 Millionen. Die Potenz und das

Schweregewicht einer Nation, von dem Mussolini sprach, wird ja auch nur durch die kompakte Masse in der Heimat und nicht durch die mehr oder weniger zerstreut im Ausland lebenden Volksgenossen bestimmt.

Immerhin steht Italien heute seiner Einwohnerzahl nach an vierter Stelle in Europa hinter Rußland, Deutschland, Großbritannien und Frankreich. Und das die Bevölkerungsdichte ansteigt, so nimmt es mit 134,5 Einwohnern pro Quadratkilometer sogar den zweiten Platz gleich hinter Deutschland ein, wo die Bevölkerungsdichte 136 Menschen pro Quadratkilometer beträgt. Die Bevölkerungszunahme war in den einzelnen Provinzen Italiens sehr verschieden. Am stärksten war sie, soweit die bisherigen Ergebnisse der letzten Volkszählung erkennen lassen, in Latium, was mit der rapiden Entwicklung Roms und der römischen Campagna zusammenhängt, ferner in Sardinien und in Calabrien. Für Sizilien wird merkwürdigerweise eine Abnahme der Bevölkerung um 2,5 Prozent errechnet, was jedoch nicht der tatsächlichen Entwicklung entspricht und vom Statistischen Amt mit Ungenauigkeiten der letzten Volkszählung vom Jahre 1921 erklärt wird. Beachtlich ist die starke Bevölkerungszunahme Sardinien um 12,5 Prozent, dieser Insel, die immer als das „Wohnort Italiens“ bezeichnet wurde und die heute annähernd eine Million Einwohner zählt. Die falschistische Regierung verläßt dort durch großzügige Bonifizierungsarbeiten neue Siedlungen zu schaffen und betont, daß noch mindestens zwei Millionen Menschen auf der Insel Platz hätten. Im industriereichen Piemont und in Venetien war dagegen die Bevölkerungszunahme außerordentlich gering, was mit der stark sinkenden Geburtenziffer zusammenhängt. Die Bevölkerungszunahme war im ärmeren Süden von jeher sehr viel stärker als im Norden, wo die modernen Anschauungen und der wirtschaftliche Fortschritt eine ähnliche Geburtenabnahme zeitigt haben, wie in anderen Ländern Europas.

Sehr hoch ist in Italien immer noch die Kinder- und Säuglingssterblichkeit. Nach den letzten vom Statistischen Zentralamt veröffentlichten Ziffern sterben von 1000 lebend geborenen Kindern vor Erreichung des fünften Lebensjahres immer noch annähernd 400, d. h. vierzig Prozent. Wenn auch diese Kinder- und Säuglingssterblichkeit seit der Vorkriegszeit von etwa 50 auf 40 Prozent zurückgegangen ist, so ist sie doch immer noch als außerordentlich hoch zu bezeichnen. Rechnet man hierzu noch die Zahl der Totgeborenen, die alljährlich 40—50 000 beträgt, so beträgt etwa 4 bis 5 Proz. der Lebendgeborenen, so kommt man zu dem erschreckenden Resultat, daß annähernd die Hälfte aller in Italien zur Welt kommenden Kinder noch vor Erreichung ihres fünften Lebensjahres zum Tode verurteilt sind. Das hängt zum Teil mit den klimatisch ungünstigen Verhältnissen des Landes, zum großen Teil aber auch mit den mangelhaften hygienischen Einrichtungen und der unzureichenden Ernährungsweise zusammen. Die hohe Säuglings- und Kindersterblichkeit in Italien stellt eine ungeheure Vergeudung an Volkstraft dar. Sie steht in einem auffälligen Gegensatz zu einer Bevölkerungspolitik, die die Geburtenziffer mit allen Mitteln erhöhen will und geradezu Prämien für kinderreiche Familien aussetzt. Es setzt sich auch hier wieder die Richtigkeit des Grundgedankes, daß die Quantität der Feind-

der Qualität ist und daß die Natur in ihrer großen Weisheit schon ein natürliches Regulativ geschaffen hat. Die Bevölkerungspolitik Mussolinis steht und fällt mit der Frage, ob es gelingt, die Säuglings- und Kindersterblichkeit in Italien derartig zu verringern, daß die Bevölkerungszunahme, die nach den letzten Volkszählungen häufig zurückgegangen sind, wieder zunehmen.

Ein anderes Phänomen, das mit der fortschreitenden Industrialisierung des Landes in den Vordergrund rückt, ist der sog. „Urbanismus“, der starke Zugang zur Großstadt, der früher in Italien nur eine geringe Rolle spielte, der jedoch seit Kriegsende ein beachtenswertes Tempo eingeschlagen hat. Die Bevölkerung Roms hat in den letzten zehn Jahren um annähernd 45 Prozent zugenommen, wobei jedoch der Zugang von auswärts den Geburtenüberschuß um das Vielfache übertrifft. Weithin gilt für Mailand, Turin, Genua und Bologna. Noch in diesem Jahre werden drei Städte in Italien — Rom, Mailand und Neapel — die Millionengrenze überschreiten. Damit rückt das Großstadtproblem auch für Italien in den Vordergrund.

Dieser Entwicklung gegenüber war mit Regierungsmaßnahmen bisher herzlich wenig zu erreichen. Das spricht an sich durchaus noch nicht gegen die Güte der von Mussolini verfolgten Grundzüge, sondern zeigt nur, wie schwierig es ist, solche Grundzüge in die Praxis umzusetzen und sich mit behördlichen Maßnahmen einer Bewegung entgegenzustellen, in der psychologische und moralische Faktoren, aber auch die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse eine entscheidende Rolle spielen. Wenn auch jeder Jahre noch ein zu geringes Zeitraum sind, um den Erfolg oder Mißerfolg einer Bevölkerungspolitik zu konstatieren, so muß man doch auf Grund dieser neuesten Volkszählung sagen, daß alle Bemühungen bisher negativ verlaufen sind und die demographische Entwicklung Italiens sich weiter auf absteigender Linie befindet.

Ein Theater des guten Geschmacks.

Japanische Finanziers gründen in Wien ein Theater der Schönheit und des guten Geschmacks unter der Leitung von Ladislau Csettel und Hans Saran. Der Grundgedanke ist, dem Publikum das Beste zu bieten, was aufzutreiben ist: Schöne Menschen, glänzende Ausstattung, hervorragende Schauspieler und ein Mittel im Theater, in dem man sich wohl fühlt. Junge, unerbrauchte Leute werden auf die Bühne gestellt, und man wird sehen, daß das Publikum dankbar ist. Selbstverständlich kann man auf die heutigen Stars, meinte Csettel, nicht verzichten. Sie werden ihre Anziehungskraft ausüben, wenn man sie dem Publikum in richtiger Dosierung vorlegt. Das Programm steht auch schon fest. „Wir werden nicht mehr als drei bis vier Sachen im Jahre bringen, aber so, daß jeder sie gesehen haben muß, und zwar abwechselnd eine Revue, ein Salonstück, eine Ausstattungsoperette modernsten Stils.“ Der Fußlungstraum des Theaters, für das die Pläne bereits fertig sind, ist für tausend Personen gedacht. Es wird im japanischen Stil gehalten sein und den Namen Pagode erhalten.

Die Landesversicherungsanstalt Baden im Nichte der Statistik.

Der Vorstand der Landesversicherungsanstalt Baden gibt seinen Geschäftsbericht für 1930 heraus. Es ist ein stattliches, interessantes Werk aus dem wichtigen Gebiet der Sozialpolitik, mit einem umfangreichen statistischen Material belegt. Die Tätigkeit der einzelnen Organe der Anstalt war eine äußerst rege. Die Vorstandsstelle erlebte in 11 Sitzungen 275 Renten- und Heilverfahrensfälle. Es handelte sich dabei um 65 Rententzuschüsse, 107 Gesuche um Rentenbewilligung und 103 Anträge auf Heilverfahren. Die Anstalt zählte auf Jahresende 148 Beamte und 103 Angestellte; mit dem Personal der Heilstätten von 197 Köpfen wurden insgesamt 458 Personen beschäftigt. Die Vergütung an die Reichspost für die Rentenauszahlung beläuft die Landesversicherungsanstalt Baden mit jährlich 600 000 RM. Die Verhandlungen wegen Ermäßigung der Gebühren sind noch nicht zum Abschluß gekommen. Das Land Baden ist neben dem Freistaat Sachsen eines der wirtschaftlich am schwersten betroffenen Länder, wie sich dies aus dem starken Ansteigen der Arbeitslosigkeit ergibt. Der im Voranschlag für 1930 vorgesehene Betrag an Beitragseinnahmen von 36 Millionen RM. wurde nicht erreicht. Die Beitragseinnahmen betrugen 1930: 34 552 206 RM. gegenüber 37 405 137 RM. im Jahre 1929. Bei einem Stande von 5 1/2 Millionen Arbeitslosen im Reich am Schluß des Berichtsjahres und weiterer Ausweitungen auf Belegung der Wirtschaft wird das Jahr 1931 noch weitere Verschlechterungen bringen.

Am einzelnen ist zu bemerken: Die Betriebseinnahmen des Jahres 1930 betragen 39 154 426 RM. Dessen standen an Betriebsausgaben gegenüber für: Rentenleistungen 31 716 005 RM., Heilverfahren 3 903 846 RM., Verwaltung 2 085 325 RM., zusammen 37 705 267 RM. Es verbleibt somit ein Ueberschuß von 1 449 159 RM. gegen 10 021 803 RM. Da die außerordentlichen Einnahmen mit 1 666 938 RM. nicht erwirtschaftet wurden, ergibt sich für das Geschäftsjahr 1930 in Wirklichkeit ein Betriebsausfall von 217 779 RM.

Der Verwaltungsaufwand betrug im Jahre 1930: 2 085 325 RM. (1929: 1 694 432 RM.). Es kamen jenseitig auf 100 RM. Einnahmen: 5,37 RM. (1929: 4,24 RM.) an Verwaltungskosten (Reichsbuchschnitt 1929: 4,58 RM.), auf 100 RM. Ausgaben für Renten und Heilverfahren: 5,55 RM. (1929: 5,56 RM.) an Verwaltungskosten (Reichsbuchschnitt 1929: 6,19 RM.). Hiernach erhöhte sich im Jahre 1930 der Verwaltungsaufwand für 100 RM. Einnahmen gegen das Vorjahr um 1,33 RM.

Die Heilstätten waren im Berichtsjahr das ganze Jahr hindurch geöffnet und nahezu voll belegt. Es betragen die Verpflegungstage für Kranke: in Friedrichsheim — Lützenheim — 141 106 (1929: 147 450), in Rordach — Kolonie — 57 400 (1929: 57 719), in Hirschalden 22 455 (1929: 20 621). Ein wesentlicher Bestandteil der seit der Weltwirtschaft angelegten Kapazitäten ist wieder wie vor dem Kriege für gemeinnützige Zwecke angelegt worden.

Zum Bau von Arbeiterwohnungen sind nach dem Stande vom 31. Dezember 1930 angelegt: 81 Darlehen an Gemeinden 4 308 295 RM., 83 Darlehen an Bauvereine 1 400 046 RM., 1919 Darlehen an Verhältnisse 6 432 852 RM., zusammen 12 141 193 RM. Ferner wurden 38 Darlehen an verschiedene gemeinnützige Anstalten für Zwecke der Versicherung ausgeteilt mit 3 086 617 RM., zusammen also 15 227 810 RM.

Der Rechnungsabluß für 1930 verzeichnet in Einnahmen und Ausgaben die Summe von 54,6 Millionen RM. Das Reinvermögen beliefert sich auf Jahreschluß auf 55,1 Millionen RM. und hat sich gegen 1929 um 1,4 Millionen vermehrt.

Der Stand der Feldfrüchte in Baden Anfang August.

Nach einer Mitteilung des Statistischen Landesamtes war die Witterung im abgelaufenen Monat Juli für die Landwirtschaft im allgemeinen ungünstig. Die vielfachen starken Regengüsse haben in den Getreideäckern zum Teil erheblichen Schaden angerichtet; der Roggen ist da und dort auf dem Halme ausgewaschen. Die Drußfrüchte bleiben vielfach hinter den Erwartungen zurück, da die Körner klein bleiben, z. T. auch überreif wurden und ausfielen. Die Sommerfrüchte (Früh- und Spätkartoffeln, Futter- und Zuckerrüben) sind weniger von der Unannehmlichkeit der Witterung betroffen worden. Auch die Erträge der Futterpflanzen und der Weiden sind nach Güte wie nach Menge zum Teil befriedigend. Die Reben sind größtenteils reich bebengend; die Trauben sind gesund und stellen gute Erträge in Aussicht.

Badische Schützen.

h. Graben, 4. August. (Bezirksschießen in Neudorf.) Auf dem herrlich im Walde gelegenen Schießstande der Schützenabteilung des Militärvereins Neudorf fand am Samstag und Sonntag das Bezirksschießen statt, mit dem ein Einzelpreisschießen und ein Mannschaftsschießen verbunden war. Dank der guten Organisation und des prächtigen Wetters nahm die stark besetzte Veranstaltung einen befriedigenden Verlauf. Die Ergebnisse waren ausgezeichnet, die meisten Erfolge konnte Dillweihenstein verzeichnen. Die Preisverteilung zeigte folgende Resultate:

Bezirksmeister schießend. Altersklasse: 1. Jenies-Karlsruhe, 159 Ringe; 2. Hirtl-Karlsruhe, 153 Ringe. Mannschaftsschießen: 1. Dillweihenstein, 577 Ringe; 2. Durlach-Aue, 572 Ringe. Jugend: 1. Dr. Stein-Karlsruhe, 147 Ringe; 2. Schuhmacher-Dillweihenstein, 143 Ringe. Bezirksjugendwunderpreis: Dillweihenstein, 577 Ringe. Allgemeines Mannschafsschießen: 1. Dillweihenstein, 356 Ringe; 2. Karlsruhe-Mühlburg, 331 Ringe; 3. Durlach-Aue, 330 Ringe. Einzelpreisschießen: 1. Burgkahl-Graben, 58 Ringe; 2. Mülle-Dillweihenstein, 58 Ringe; 3. Schifferle-Bergshausen, 57 Ringe. Jugendpreisschießen: 1. Schuhmacher-Dillweihenstein, 58 Ringe; 2. Jgler-Dillweihenstein, 56 Ringe; 3. Schramm-Dillweihenstein, 55 Ringe. Altersklasse über 50 Jahren: 1. Richter-Dillweihenstein, 53 Ringe; 2. Weiß-Dillweihenstein, 53 Ringe; 3. Wolf-Graben, 53 Ringe.

dt. Renden, 4. August. (Hannauer Kleinatlschießen.) Der Schwäbischdeutsche Sportverband für Kleinatlschießen e. V., Gau Danauerland, veranstaltete am Sonntag in Renden sein erstes Gauöffnungsschießen. Der Gau umfaßt 7 Vereine mit 476 Mitglieder. Die Vereine Rehl, Korl, Uenheim, Diersheim, Freistadt und Regelesburg und der festgebende Verein beteiligten sich rege an diesem Verbandsschießen. Die Leitung lag in den bewährten Händen des bisherigen Gauleiters Flügel-Diffenburg und dessen Nachfolger, dem Geschäftsführer des Bezirksvereins Rehl, Peter Wilhelm Vogel. Die Preisverteilung ergab gute Resultate. Am 23. August wird das Gauweitemannschaftsschießen in Regelesburg stattfinden und am 20. September die Endkämpfe um den Gauwettbewerb und Gaumeister-Titel in Rehl.

Wachsen, 4. Aug. (Umbau im Realgymnasium.) Mit den durch die Zusammenlegung der beiden Anstalten Wachsen-Waldbüren bedingten Umbauarbeiten in der hiesigen Anstalt wird in diesen Tagen begonnen werden, damit der Unterricht nach Ablauf der Sommerferien wieder in vollem Umfang aufgenommen werden kann.

Die Gemeinden müssen sparen.

Aber sinnvoll! — sagt Oberbürgermeister Heimerich.

In Nr. 2 der von der Stadt Mannheim herausgegebenen Zeitschrift „Die lebendige Stadt“, die dem Spezialthema „Sparen“ gewidmet ist, veröffentlicht Oberbürgermeister Dr. Heimerich (Mannheim) einen Aufsatz über sinnvolles Sparen, in dem zu diesem zeitgemäßen Problem grundlegende Ausführungen gemacht werden. Es heißt da u. a.:

Die finanzielle Situation der Gemeinden ist gegenwärtig durch zwei Tatsachen ziemlich eindeutig bestimmt: sie haben keine Möglichkeit, ihre Einnahmen nennenswert zu erhöhen und sie haben die unabwendbare Pflicht, den Arbeitslosen und Hilfsbedürftigen, soweit sie nicht vom Reiche versorgt werden, das Existenzminimum zu erhalten. Daher ist es nicht zu vermeiden, daß die Ausgaben auf den übrigen Gebieten auf das höchste eingeschränkt werden müssen. Auswahl und Reihenfolge dieser Einschränkungen sind das eigentliche Problem der Sparpolitik. Auf der ersten Stufe der Stala der möglichen Einsparnisse steht eine vorläufige Verminderung der Aufwände und Abschreibungen, die in früheren, besseren Jahren üblich gewesen sind. Der nächste Schritt, der wesentlichen Einsparungen bringt, ist die Verminderung der Personalkosten. Freilich ist es nicht der Weg der Entlassungen, der in erster Linie zum Ziel führt, da die Zahl derer, die entlassen sind und entlassen werden können, relativ gering ist, und da Entlassungen in einer Zeit der Arbeitslosigkeit nur die Zahl der Hilfsbedürftigen vermehren. Zu Einsparnissen führt vielmehr in der Hauptsache der Weg einer Verminderung der Bezüge, wobei nicht vergessen werden darf, daß das soziale Existenzminimum des Arbeitenden höher ist und sein muß als das des Arbeitslosen. Als dritte Sparmöglichkeit bietet sich die Verringerung des sachlichen Aufwandes der Verwaltung.

Mit der Verringerung der Bezüge, des persönlichen und des sachlichen Aufwandes sind die generellen Einsparmöglichkeiten einmünden erschöpft. Die weiteren Möglichkeiten liegen in der Beschränkung der Ausgaben, der mindestens zeitweiligen Schließung einzelner Einrichtungen und im Abbau der Leistungen auf Spezialgebieten der Verwaltung.

Die freiwillige Übernahme von Aufgaben auf wirtschaftlichem, kulturellem und sozialem Gebiet durch die Gemeinden hat einen außerordentlich großen Umfang angenommen. An welchen Stellen läßt sich diese Entwicklung ohne allzu großen Schaden rückgängig machen?

Nichts wäre verkehrter, als den Ausweg aus augenblicklichen finanziellen Schwierigkeiten in der Veräußerung der Vermögensgegenstände der Gemeinden zu suchen. Die Gesamtheit würde die Privatisierung in der Zukunft in Form höherer Preise schwer büßen müssen. Dagegen empfiehlt sich durchaus die Abschonung oder Aufgabe unrentabler wirtschaftlicher Betriebe, soweit ihre Weiterführung nicht im dringenden allgemeinen Interesse liegt.

Was in der öffentlichen Wirtschaft ebenso rücksichtslos ausgemerzt werden muß wie in der privaten, das sind die Fehlinvestitionen, die nie und da vorgekommen sind. So sind vor allem im Wohnungsbau schwere Fehler beanstanden worden; man hat allzulange die Kleinwohnungen vernachlässigt und die mittleren Wohnungen bevorzugt.

Sehr nahe liegt es, manche kulturelle Einrichtungen in Notzeiten als einen Luxus anzusehen. Aber auch hier muß in jedem einzelnen Fall geprüft werden, in welchem Verhältnis die Einsparnisse, die erzielt werden kann, zu dem Schaden steht, der angerichtet wird. Es ist z. B. ungewinnlich, die Museen zu schließen, weil ihr Betrieb relativ wenig kostet.

Am geringsten sind die Einsparungsmöglichkeiten auf dem Gebiet der freiwilligen sozialen Leistungen der Gemeinden. Die Maßnahmen der vorbeugenden Gesundheitsfürsorge: Verabreichung von Schulfrühstück, Entsendung ganzer Volksschulklassen in Landschulheime, Durchführung örtlicher Erholungsfürsorge, schulärztliche Betreuung u. a. sind längst als „wirtschaftlich“ im besten Sinne des Wortes anerkannt.

Oberstes Ziel jeder Sparpolitik muß es sein, die Finanzwirtschaft der deutschen Gemeinden in Ordnung zu halten oder, soweit nötig, wieder in Ordnung zu bringen, ohne der Allgemeinheit neue Lasten aufzubürden und ohne lebenswichtige Einrichtungen zu zerstören. Von größter Bedeutung ist es aber auch, daß die kommunalen Körperschaften und Verwaltungen sich der eigenen Verantwortung nicht entziehen und selber die erforderlichen Maßnahmen beschließen und durchführen, da sonst die schon heute in gefährlichem Maße eingetragene Selbstverwaltung der Gemeinden weiteren schweren Schäden leiden würde.

Rückgang der Spareinlagen in Baden.

Von den 143 von der Statistik erfaßten badischen Spartassen berichteten über den Monat Juni 1931. Hierbei ergab sich ein Rückgang der Spareinlagen von 637.784 auf 577.710 Mill. RM. oder um 10.074 Mill. RM. gegenüber einem Rückgang um 0.123 Mill. RM. im Vormonat. Unter den 17.333 (17.041) Mill. RM. Einzahlungen befanden sich 1.410 (0.492) Mill. RM. Zins- und 0.083 (0.036) Mill. RM. Aufwertungsguthabern. Ausgezahlt wurden 27.412 (17.164) Mill. RM. Unter den süddeutschen Ländern steht Baden mit dem diesmonatigen Rückgang an erster Stelle, da Bayern mit 936.385 (940.046) Mill. RM. Ende Juni und Württemberg mit 623.087 (628.530) Mill. RM. Sparguthaben nur Minderrückungen von 4.554 bzw. 5.443 Mill. RM. aufweisen. Die Depositionen, Giro- und Kontokorrenteinträge minderten sich in Baden weiter von 65.207 auf 63.942 (65.472 auf 65.207) Mill. RM.

Umschau vom Tage.

Durch Blitzschlag eingäschert.

Sagsfeld b. Karlsruhe, 4. Aug. Auch hier entfiel heute vormittag bei dem niedergegangenen schweren Gewitter ein Brand durch Blitzschlag. Der Blitz schlug gegen 10 Uhr in die Scheune des Zimmermanns Karl Ludwig Erb, die eingäschert wurde. Durch die Wärmehaftigkeit konnte das Feuer auf den Herd beschränkt werden. Der entstandene Schaden ist erheblich, da die ganze eingebrachte Ernte mit verbrannte.

Die gepändelte Frucht angezündet.

— Lauenbach (bei Weinheim), 4. Aug. Der hiesige 78jährige Matler und Landwirt Joseph Knapp hatte für verschiedene Allmendgrundstücke der hiesigen Gemeinde die Umlage mehrere Jahre nicht bezahlt. Als das Ertragnis gepändelt werden sollte, zündete er die Fruchtstauden an, um dann zu verschwinden. Man hat noch keine Spur von ihm.

Hochwasser gemeldet.

r. Sulzfeld b. Bretten, 4. Aug. Es ist jetzt das zweite Mal, daß unsere Gemeinde von Hochwasser heimgesucht wird: anfangs Mai und heute. Hat schon das erste Hochwasser in seiner Dimension alle

Erinnerung übertroffen, so trifft dies erst recht für den heutigen Nollenbruch zu, der gewaltige Wassermassen auf die Gemarkung niederzuschleuderte. In ganz kurzer Zeit füllten sich die Furchen der Acker mit Wasser, und der Kohlbad wuchs mit unheimlicher Schnelligkeit zu einem reißenden Fluß an. Die Rinnen und Kanäle konnten dem Ansturm der Wasser nicht standhalten, so daß diese die tiefergelegenen Straßen ganz überschwemmten. Aktionen zur Rettung von Geflügel und Haustieren wurden eingeleitet. Aber trotzdem ist damit zu rechnen, daß besonders im Geflügelbestand manche Verluste eingetreten sind, ganz zu schweigen von dem Schaden, der in Kellern, Scheunen, Kaufläden und an den Gebäuden entstand. Das Unwetter hat die Erntearbeiten jääh abgebrochen und in Garten und Feld manche Hoffnung vollkommen vernichtet. Auch die Nachbargemeinden sind von dem Unwetter schwer heimgesucht worden.

— Rheinsheim b. Bruchsal, 4. Aug. Heute früh zwischen 6 und 7 Uhr gingen mehrere Gewitter mit wolkenbruchartigem Regen über unser Dorf nieder. Das Wasser stand auf den Straßen bis an die Häuser, so daß niemand mehr die Straßen begehen konnte. Die Felder wurden aufgeschwemmt und verschiedentlich erheblicher Flurschaden angerichtet.

Tödlicher Anfall im Ausbesserungswerk.

— Schwellingen, 4. Aug. Der 52 Jahre alte verheiratete Werkmeister Josef Scherer wurde am Montag mittag an seiner Arbeitsstätte tot aufgefunden. Beim Radschuhlegen war er von einem Wagen erfaßt und getötet worden. Die unmittelbare Todesursache konnte nicht restlos geklärt werden.

Waldshut, 4. Aug. (Unfall am Kraftwerkneubau.) Bei der sogenannten Rippe am Kraftwerkneubau erlitt der Arbeiter Joh. Groh durch einen Unfall eine schwere Gehirnerschütterung.

Rettungslast eines Primarers.

— Konstanz, 4. Aug. Der hier zur Erholung weilende Oberprimarier Horst Grüniger aus Frankfurt a. M., der am Horn badete, sah vom Rettungssloß aus, wie ein englischer Kurgast unterging. Sofort stürzte sich Grüniger ins Wasser und es gelang ihm nach einiger Anstrengung, den Untergegangenen herauszuholen und auf dem Rücken schwimmend an Land zu bringen. Sofort angestellte Wiederbelebungsversuche brachten den Bewußtlosen nach längerer Zeit wieder zu sich. Am Abend hatte sich der Gerettete soweit erholt, daß er seinem Retter persönlich danken konnte.

„Freiheit, die ich meine...“

— Lindau, 4. August. Daß man nicht gern ins Gefängnis geht, ist verständlich. Daher veruchte auch der Hilfsarbeiter Albert Jagt in Lindau den Antritt einer ihm zubilligten mehrronatigen Gefängnisstrafe solange als irgend möglich hinauszuschieben. Der Auforderung zum freiwilligen Straftritt leistete er keine Folge. Es blieb daher nichts anderes übrig, als ihn zu verhaften. Er war aber nie zu Hause. Auch am 27. Juli nicht. Er habe erit von Basel aus geschrieben, hieß es. Eine Haussuchung ergab jedoch ein überraschendes Ergebnis. Vor dem Hause fiel ein großer Holzstoß auf. Und siehe da, der Holzstoß war ausgehöhlt und drinnen lag der Gefangene. Eine Festung kapituliert aber nicht so leicht. So veruchte er, den Holzstoß auf den Beamten umzuwerfen. Dieser war aber schneller, und so ging es umgekehrt. Durch den Zusammenstoß des Holzstoßes erlitt Jagt einige Verletzungen, die seine Einlieferung ins Krankenhaus notwendig machten. Von dort ist er am anderen Tage entlassen. Am letzten Sonntag konnte er jedoch in Rechau ermtit und festgenommen werden. Allerdings gerade zu einem für ihn sehr peinlichen Augenblick. Er hatte nämlich ein Kesselpopps verabschiedet und wartete auf einer Bank auf seine Freundin. Nun ging es in den schon gebügelten weißen Hosen nach Lindau hinter Schloß und Riegel, und die Freundin mußte umsonst warten.

Sensationell billige Gelegenheitsposten

Hemden Bielefeld, Fabrikat w.B.u.frb. **3 Stück 16.-**

Krawatten mod. Muster tlw. reine Seide **3 Stück 5.-**

Flanell-Rosen von Mk. **11.-** an

Herren-Gabardine-Mäntel reine Wolle, von Mk. **39.-** an

Rud. Hugo Dietrich

Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruhe, den 3. August 1931.

Die durchlöcherste Ausreiserverordnung.

An zuständiger Stelle wird erklärt, daß mit einer Aufhebung der Ausreiserverordnung von 100 RM. in kurzer Frist nicht gerechnet werden könne.

Die bequemste Art der Umgehung wird durch die Ausnahmebestimmung geschaffen, wonach den Mitgliedern von touristischen Vereinen erlaubt ist, ohne Zahlung der Gebühr von 100 RM. die österreichische Grenze zu passieren.

Ein weiterer Umgehungsweg führt über das Saargebiet, das jedem Deutschen offensteht, wenn er glaubhaft macht, daß er im Saargebiet Verwandte oder Angehörige besuchen will.

Es soll sogar vorkommen, daß durch eine Vermittlungsstelle mit Zustimmung der betreffenden Landesregierung den deutschen Ausreisenden die Gebühr von 100 RM. wieder zurückvergütet wird.

An zuständiger Stelle wird erklärt, Mißbrauch werde immer vorkommen. Die Hauptsache sei, daß dem Inland und dem Ausland aus der Notverordnung der große Ernst unserer finanziellen Lage klar werde.

Aus der Antwort des Reichsfinanzministers, Dietrich an den schweizerischen Wirtschaftsminister über die Aufhebung der Ausreiserverordnung geht hervor, daß eine Forderung oder Aufhebung erst dann erfolgen kann, wenn die Abtragung der kurzfristigen ausländischen Verpflichtungen geklärt und der deutsche Bankverkehr wieder in Ordnung ist.

Die Bühler Frühweizener kamen heute in Massenansufuhr auf den Obstgroßmarkt. Wie uns aus Bühl gemeldet wird, wurden dort am Montag allein rund 4000 Zentner dieser saftigen Frucht angefahren und rasch verkauft.

In die Alb gefallen. Dieser Tage fiel das einem städtischen Arbeiter gehörige 4 Jahre alte Kind, bei dem Ubergangsstadium zwischen Dämmerstadium und Weiberfeld in die Alb.

§ Vorfall vor einem notorischen Schwindler. Der früher in Mannheim wohnhafte 39 Jahre alte Kaufmann Adolf Thum, welcher zuletzt in Berlin anständig war, verstarb im Februar 1930 durch Verwendung gefälschter amtlicher Schreiben des Büros des Reichspräsidenten und des Auswärtigen Amtes vom Reichsentscheidungsamt in Berlin 200 000 RM. zu erwirtschaften.

Notverordnung und städtischer Etat.

54 000 Mark Reichszuschuß für Karlsruhe.

Den vereinigten Bemühungen der kommunalen Spitzenverbände ist es endlich gelungen, durchzusetzen, daß den Gemeinden für ihre unverschuldete Finanznot, in die sie durch das Anwachsen der Erwerbslosenzahl geraten sind, durch die neue Notverordnung von Reich und Staat Hilfe gewährt wird.

„Erleichterung der Wohlfahrtslasten der Gemeinden“ ist der 4. Teil der Notverordnung überschrieben. Die finanzielle Entlastung soll durch drei verschiedene Maßnahmen erzielt werden: a) durch unmittelbare Hilfe des Reiches, b) durch die Hilfe der Länder, c) durch die Kürzung kommunaler Gehälter.

Die Hilfe des Reiches erfolgt durch Ausschüttung einer Summe von 60 Millionen RM., die durch Wegfall der Lohnsteuererückstattung eingespart werden, an die Gemeinden. Aus diesen 60 Millionen werden zwei Teilungsmassen für städtische und ländliche Bezirksfürsorgeverbände gebildet.

In dieser „glücklichen Lage“ befindet sich auch die Stadt Karlsruhe. Nach der Notverordnung werden nämlich folgende Gemeindegruppen innerhalb der Stadtfreiheit nach der Volkszählung vom 16. Juli 1925 gebildet, für die sich nachstehende Durchschnittszahlen der Wohlfahrtsverwerbslosen auf 1000 Einwohner ergeben:

Table with 3 columns: Einwohnerzahl, 100 Prozent, 75 Prozent. Rows show population ranges from über 500 000 to 20 000-50 000.

Die Stadt Karlsruhe hatte am 31. März 1931 3142 vom Arbeitsamt anerkannte Wohlfahrtsverwerbslose = 21,7 auf 1000 Einwohner. Sie lag mithin um 1,9 Prozent über 75 Prozent des Reichsdurchschnitts ihrer Größenklasse.

Da die Notverordnung nun bestimmt, daß in der Städtegruppe mit 100 000-200 000 Einwohnern ein Kopfbetrag von 197,50 RM. zur Ausschüttung an die Kommunen kommen soll, wird nach vorläufigen Errechnungen also Karlsruhe aus der Reichshilfe 54 312 RM. erhalten.

Warum keine allgemeinen Hausbriefkästen?

Aus Leserkreisen wird uns geschrieben:

Warum eigentlich haben wir keine allgemeine Hausbriefkästen, so daß der im Volksmunde „Briefträger“ heisende Postbeamte nicht mehr treppauf treppab zu steigen braucht und damit der Post und der Allgemeinheit viel Geld spart?

Schließlich, man vergleiche den Vergleich, gibt es doch auch Städte, in denen Mülleimer bestimmter Größe, Fassungsvermögen und Form behördlich vorgeschrieben und eingeführt sind!

Diese Frage, die schon des öfteren in der Öffentlichkeit ventiliert wurde, könnte am einfachsten dadurch gelöst werden, daß die Postverwaltung selbst diese Briefkästen an schafft.

Kinderheilstätte — Kinderheilstätte des Bad. Frauenvereins vom roten Kreuz in Bad Dürkheim. Am Mittwoch, den 5. August d. J., kehren 121 Kinder nach erfolgreicher Kur hierher zurück.

§ Betrügerin. Eine Zimmervermieterin erkrankte die Anzeige, daß sich eine Frau, die von ihr ein Zimmer abgemietet hatte, unter Hinterlassung einer Mietskassette von 55 RM. heimlich davon gemacht habe.

Der kommunistische Ueberfall auf Nationalsozialisten vor dem Schwurgericht.

Karlsruhe, 4. August. Wie wir erfahren, wird in der nächsten Tagungsperiode des Karlsruher Schwurgerichts, mit der für Ende dieses Monats bzw. Anfang September zu rechnen ist, der kommunistische Ueberfall am Pfingstmontag in der Kaiserstraße anlässlich des Bauerntages der NSDAP. sein gerichtliches Nachspiel finden.

Voranzeigen der Veranstalter.

Sommer-Operette im Städtischen Konzerthaus. Fräulein Bertha Penzen, die es in der kurzen Zeit ihrer Tätigkeit verstanden hat, durch ihr charmanter Spiel und ihren lieblichen Gesang, die Herzen vieler Besucher zu erobern.

Die Harmonikcapelle. Nach langer Pause wird dem musikalischen Publikum und Freunden des Stadtorgans am kommenden Donnerstagabend, den 20. 22. 23. Uhr, im Stadtpark die Gelegenheit geboten, einem Konzert der beliebten Harmonikcapelle lauschen zu können.

Kaffee Bauer. Am heutigen Sonderkonzert wird der neue Wagnist der Kapelle Erich Otto sein Debüt als Solist geben und zwar mit Niemanns Romantische Suite.

Auszug aus den Standesbüchern Karlsruhe.

Storbefälle. 3. August. Hedwig Klirmann, 1. Jahr, 1. Monat, 26 Tage alt. Vater: Karl Klirmann, Gärtner, Neuburg; Mutter: Anna Jung, ohne Beruf, ledig, 44 Jahre alt.

Statt besonderer Anzeige. Gestern früh verschied nach langem, schwerem Leiden im Alter von nahezu 70 Jahren meine liebe Mutter, unsere liebe Großmutter, Schwiegermutter und Schwester (F.H.5006)

Cäcilie Fitz geb. Herzberger. Karlsruhe, Baden-Baden, Wachenheim (Pfalz), Hirschstraße 101, den 5. August 1931.

Todes-Anzeige. Nach Gottes unerforschlichem Ratschluss ist heute mein lieber Mann, unser treuer Vater, Sohn und Schwiegersohn Reinhold Baumann Architekt und Bauleiter nach kurzer Krankheit von uns gegangen.

Kaufgesuche. Gebrauchtes Schlafzimmer auch einzeln, zu kaufen gesucht. Angeb. unter Nr. 9.967 an die Bad. Presse Zil. Hauptpost.

ZURÜCK Frauenarzt Dr. Ihm Westendstr. 29 a Privat-Frauenklinik Händelstraße 18.

Engeltrafen Kartoffel schöne gelb-fleisige Ware 10 Pfund 38 Pfennig BUCHERER 5% Rabatt

Flaschenweine. einige 100 St. l. u. d. Konfuziuswein, Carl Nagel aus Bad. Konfuzius zu versch. im Ver. Reinerungs-Vokal

Schnackensalbe. Tube RM. -60. Sicherstes Schutzmittel! Alleiniger Hersteller und Verkaufer: U. A. Friedr. Springer

Reisig's Weinessig Tafelwein Gurken Weinbrand Fruchtsäfte sind leicht verkäufliche Qualitätsartikel

Offene Beinleiden verursachen keine Schmerzen bei Anw. v. Apoth. Brunnvickler'scher Schmerzmittel.

Ohne Diät bin ich in kurzer Zeit 20 Pfund leichter geworden durch ein einfaches Mittel, welches ich jeden gern kostenlos mitteile. (95509) Frau Karla Wast, Bremen 37 K.

Reisig's Weinessig Tafelwein Gurken Weinbrand Fruchtsäfte sind leicht verkäufliche Qualitätsartikel. Fr. Reisig, Heidelberg. Verlangen Sie Preis.

